

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU

In die Zukunft investieren – Tagesbetreuung ausbauen

Derzeit findet ein umfassender Reformprozess der Bildungs- und Sozialpolitik statt, um die Zukunftsfähigkeit der Sozialsysteme vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung dauerhaft abzusichern. Gleichmaßen haben die Reformen zum Ziel, den Anschluss zum Europäischen Ausland hinsichtlich der Leistungsfähigkeit unserer Bildungs-/Betreuungsinstitutionen herzustellen, auch vor dem Hintergrund des dramatischen Geburtenrückgangs in Deutschland.

Im Zusammenhang mit dem IV. Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt hat der Bund den Kommunen finanzielle Entlastungen in Höhe von 2,5 Mrd. Euro garantiert. Bezugnehmend auf diese Besserstellung der kommunalen Haushalte in Deutschland hat der Bundestag im Oktober 2004 das Tagesbetreuungsgesetz beschlossen. Dieses Gesetz verfolgt das Ziel, die bedarfsgerechte Betreuung von Kindern unter drei Jahren sicher zu stellen. Gerade hier liegt die Bundesrepublik im internationalen Vergleich mit den anderen Industriestaaten weit hinten. Bremen nimmt im westdeutschen Großstädtevergleich einen Platz im Mittelfeld ein.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

1. Die Stadtbürgerschaft stellt fest, dass die Verbesserung der Tagesbetreuung für jüngere Kinder ein zeitgemäßes Mittel ist, um
 - die Stadt Bremen kinderfreundlicher zu gestalten,
 - positiven Einfluss auf die Geburtenrate zu nehmen,
 - Kindern frühzeitig Lernprozesse zu ermöglichen, die für ihre Bildungsbiographie von großer Bedeutung sind,
 - die Erwerbsarbeit von Frauen zu fördern,
 - Familien zu entlasten.
2. Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat, zur Oktober-Sitzung 2005 der Stadtbürgerschaft ein Konzept zum Ausbau des Betreuungssystems vorzulegen, mit dem ein verbesserter Versorgungsgrad für die unter Dreijährigen analog zu vergleichbaren Großstädten sichergestellt wird.
3. Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat, in diesem Zusammenhang die verschiedenen Betreuungsformen der unter Dreijährigen, die Eltern-Kind-Gruppen, die Tagesmütter und -väter, die Krippen und insbesondere die erweiterte Altersmischung in vorhandenen Tageseinrichtungen zu berücksichtigen. Ziel soll ein nicht nur quantitativ bedarfdeckendes, sondern auch qualitativ an den Bedürfnissen der Kinder und deren Eltern orientiertes differenziertes Angebot sein.
4. Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat, ein entsprechendes Finanzierungsmodell zu entwickeln und die notwendigen Ressourcen rechtzeitig in der Haushaltsaufstellung 2006/2007 zu berücksichtigen.

Frank Pietrzok, Jens Böhrnsen und Fraktion der SPD

Karl Uwe Oppermann, Jörg Kastendiek und Fraktion der CDU